

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

3.11.1932 (No. 258)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
Verantwortlich:
 Nr. 253
 und 254
Postfachkonto:
 Karlsruhe
 Nr. 2515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Geschäftsleiter:
 Chefredakteur
 C. Kunz,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen karfreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und bewirkt werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Waldschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unbelegte Briefschaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die staatlichen Hilfeleistungen für die Unwettergeschädigten im Kaiserstuhlgebiet

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Zur Linderung der Not der von dem Unwetter am 18. Juni 1932 betroffenen Kaiserstuhlgemeinden hat die badische Regierung alsbald eine Reihe von Hilfsmaßnahmen getroffen.

So wurde zugunsten der Unwettergeschädigten eine öffentliche Sammlung eingeleitet, deren bisheriges Ergebnis zirka 13 000 M beträgt.

Unter Verwendung des vom Staatsministerium zur Verfügung gestellten Betrags von 10 500 M wurden den Geschädigten kostenlos 1000 Zentner Roggenmehl geliefert. Weitere 400 Zentner Roggenmehl erhielten die Geschädigten zum verbilligten Preis von 10,50 M für einen Zentner. Für unbedingte Beträge aus diesen Lieferungen tritt die Ausfallbürgschaft des Landes Baden für die Lieferung von verbilligtem Roggenmehl an die badischen Landgemeinden (Notgesetz vom 27. Juli 1932) in Kraft.

Aus dem sog. Nebverordnungs-Fonds sind 5000 M als Beihilfe für die Beschaffung von Reichschadlingsbekämpfungsmitteln bereitgestellt worden.

Eine weitere Hilfsmaßnahme bestand in der Erlassung der Zinszahlung für 1932/33 und Stundung der Tilgungsraten aus den Winkerkrediten auf ein weiteres Jahr durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, ferner in der Lieferung verbilligter Fropfproben. Nach Schätzung des Weinbauinstituts sind 5000 Stück Fropfproben erforderlich. Der voraussichtliche Aufwand hierfür beträgt 10 000 M und verteilt sich auf 3 Jahre.

Weitere 3000 M hat das Staatsministerium für verbilligten Bezug von Saatgetreide zur Verfügung gestellt. Hierdurch und mit gleichhoher Beihilfe der Badischen Landwirtschaftskammer wird für je 1 Zentner Wintergetreide ein Zuschuß von 4 M gegeben. Bis jetzt wurde die Lieferung von zirka 11 000 Zentner Saatgetreide verbilligt.

Aus dem Gemeindegeldstock sind zur Verteilung an die geschädigten Gemeinden 20 000 M bereitgestellt.

Für die Winkergenossenschaften des Kaiserstuhls ist beim Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Stundung von Zins und Rückzahlung gewählter Darlehen auf 3 Jahre beantragt. Die Entscheidung steht noch aus.

Die beim Reichsminister der Finanzen beantragte Erlassung der Zucksteuer für den Zucker zur Bereitung des Saustrunks ist mangels gesetzlicher Ermächtigung abgelehnt worden.

Zu jenen, in den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern fallenden Hilfsmaßnahmen kommen jene aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen.

Zunächst wurde der Nachlaß an Schulbeiträgen zum persönlichen Aufwand der Wölfs- und Fortbildungsschulen für 1932 in Höhe von 37 650 M sowie an Straßenbeiträgen für 1931 in Höhe von 2082 M angeordnet. Es ist damit zu rechnen, daß auch die Straßenbeiträge für 1932 nachgelassen werden.

Auf steuerlichem Gebiet wurde im Hinblick auf die Unwettergeschäden erneut Veranlassung genommen, den Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts zu erfragen, die Finanzämter auf die mehrfach ergangenen Erlasse wegen Behandlung der Steuerschuldigkeiten bei Unwettergeschädigten hinzuweisen.

Weiter ist in Aussicht genommen, auf die Landwirtschaftlichen Forderungen des Staats (Pacht- und Graspfänder aus Domänen) an die vom Unwetter heimgesuchte bäuerliche Bevölkerung des Kaiserstuhlgebietes nach Prüfung der Fälle Nachlässe zu gewähren, die im ganzen 18—20 000 M betragen dürften.

Der Gemeinde Waghlingen und der Stadtwärtergenossenschaft Waghlingen, sowie der Dreifamwärttergenossenschaft Eichtetten wurden die Tilgungsraten für die aus Mitteln des Landes und der Bodenkultur W. gewählten Kulturbesserungsdarlehen für 1932 auf 1 v. H. ermäßigt. Weiter wurde die Wasser- und Straßenbaudirektion ermächtigt, den Zins für die Darlehen aus Landesmitteln in angemessener Weise zu mindern, falls die Zahlung zum Fälligkeitstermine nicht möglich sein sollte.

Der Gemeinde Oberrotweil wurde an den bei den Feldvereinigungsunternehmen entstehenden Vermessungskosten ein Nachlaß von 50 v. H. bis zum Schlußbetrage von 3000 M ausgestellt.

Außerdem hat in dankenswerter Weise die Südbadische Zucker-W. in Mannheim den Gemeinden 1000 Doppelzentner Kristallzucker zur Bereitung von Saustrunk zum Kaufpreis zur Verfügung gestellt und darüber hinaus den Gemeinden eine Spende von 5000 M gewährt.

Der Kommandant der „Karlsruhe“ in Washington, Kapitän J. C. Wagner vom Kreuzer „Karlsruhe“, der zur Zeit im Hafen von Philadelphia liegt, traf am Mittwoch mit zwei Seeoffizieren in Washington ein und wurde in Abwesenheit des auf Wahlreisen befindlichen Präsidenten und Marineministers vom Chef des Admiralstabes empfangen. Die deutschen Offiziere legten am Grabe des „Unbekannten Soldaten“ im Arlington-Friedhof einen Kranz nieder und besuchten Mount Vernon, George-Washingtons Landgut und Grabstätte. Abends waren die Herren mit Vertretern der amerikanischen Marine Gäste des deutschen Votschafters.

Der Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat in Genf seine Arbeiten aufgenommen.

Letzte Nachrichten

Eine Woche Burgfrieden nach den Wahlen

Alle öffentlichen politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November verboten

BR. Berlin, 3. Nov. (Tel.) Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, alle auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungsphase gegönnt wird.

Der Verfassungskonflikt im Reichsratsausschuß

Streng vertrauliche Aussprache

BR. Berlin, 3. Nov. (Tel.) Im großen Reichsratsungsausschuß trat heute vormittag der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsminister von Gahl selbst, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Götthardt und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Wadt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preussischen Provinzvertreter vollständig erschienen.

Auf der Tagesordnung steht offiziell die Geschäftslage des Reichsrates. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preussischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann. Ein Antrag auf Einberufung des Ausschusses lag schon seit längerer Zeit von dem Vertreter der Rheinprovinz, Dr. Samacher, vor. Dieser Antrag wurde sofort mit der Besprechung verbunden.

Über das Ergebnis der Sitzung wird berichtet: Die Sitzung des Reichsrates war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß Ende der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt. Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Aussprache als auch diese Konferenz waren streng vertraulich; irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen.

Vor der Entscheidung über die Kontingente

BR. Berlin, 3. Nov. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hat sich heute vormittag um 11.30 Uhr wieder versammelt, um die gestern begonnenen Beratungen fortzusetzen. Im Vordergrund der Beratungen steht die Kontingentsfrage. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett hierzu heute eine Entscheidung treffen wird.

Die Kontingentierungskommission ist am Mittwoch aus Kopenhagen nach Berlin zurückgekehrt. Sie wird den zuständigen Ressorts über die Ergebnisse der Verhandlungen Bericht erstatten.

Vortrag Papens bei Hindenburg. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Mittwoch den Reichskanzler von Papen zum Vortrag.

Der neue deutsche Votschafter in London, von Hoeß, ist Mittwochnachmittag auf dem Victoria-Bahnhof in London eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde von Hoeß im Auftrag des britischen Staatssekretärs des Auswärtigen, von Miller Mond, begrüßt. „Daily Telegraph“ schreibt, die Tätigkeit Herrn von Hoeßs in London werde wegen seiner persönlichen Bekanntheit mit französischen Staatsmännern und wegen seiner Kenntnis der französischen Politik einen Gewinn sowohl dem internationalen Standpunkt als auch für sein eigenes Land bedeuten.

Ernennungen im diplomatischen Dienst. Der Reichspräsident hat am Mittwoch eine Anzahl Ernennungen im diplomatischen Dienst vollzogen. So wurden u. a. ernannt Ministerialdirektor z. D. Dr. Becklin zum Gesandten in Mexiko und der bisherige Untergeneralsekretär Dufour Peronce zum Gesandten in Belgien.

Deutschland, ein Volk ohne Jugend

Die drängende Not unserer Tage mit ihren allzu vielen „aktuellen“ Problemen hat in der letzten Zeit ein Problem in den Hintergrund treten lassen, das nur scheinbar nicht aktuell, in Wirklichkeit aber die wichtigste Frage für die Gestaltung der deutschen Zukunft ist: der immer rascher fortschreitende Geburtenrückgang Deutschlands. Die Anwendung neuartiger statistischer Methoden hat ergeben, daß wir viel näher, als man bisher annahm, an die Grenze herangerückt sind, wo ein Überschuss der Todesfälle über die Geburten eintritt. Der nachstehende Artikel behandelt dieses außerordentlich ernste Problem.

Wirft man in einer Unterhaltung das Thema „Geburtenrückgang“ in die Debatte, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß mindestens einer der Anwesenden etwa folgende Meinung äußert: „Geburtenrückgang? Gewiß — aber wir können uns bei der heutigen Arbeitslosigkeit wirklich keinen allurastischen Bevölkerungszuwachs leisten. Und außerdem ist doch vorläufig zu besorgen, gar kein Anlaß, denn wir verfügen ja noch immer über einen Geburtenüberschuß, der selbst im schweren Krisenjahr 1931 rund 300 000 betrug!“ Das ist die „übliche“ Antwort auf unsere Frage, die man überall in Deutschland hören kann. Aber dadurch wird sie nicht weniger falsch. Denn falsch ist diese Ansicht, wenn sie auch statistisch bestätigt wird. Aber aus einer Statistik kann man bekanntlich so ziemlich alles herauslesen; es kommt daher entscheidend darauf an, die nackten Zahlen richtig zu deuten und den richtigen Maßstab an sie anzulegen.

Gerüchten wir beides mit jener oben erwähnten Zahl 300 000, dem Überschuss der Geburten über die Sterbefälle im vorigen Jahre. Um diese Ziffer richtig werten zu können, müssen wir sie zunächst in Vergleich setzen mit den Ziffern aus früheren Jahren. Vor nur zwei Jahrzehnten hatten wir in Deutschland einen Geburtenüberschuß von 8—900 000 im Jahresdurchschnitt — aber schon im Jahre 1927 betrug diese Ziffer nur noch 405 000, im Jahre 1929 noch 341 000 und für 1931 ist also diese Zahl nochmals erheblich gesunken. Das heißt also: der Überschuss der Geburten über die Sterbefälle ging in den letzten Jahren rapide zurück — und es besteht die begründete Befürchtung, daß wir längst nicht das Ende dieser Entwicklung erreicht haben. Vergleicht man diese Ziffern mit denen anderer Völker, so zeigt sich, daß wir nicht nur bereits unter das Niveau des geburtenschwachen Frankreich abgefallen sind, sondern zur Zeit den absolut stärksten Geburtenrückgang und mit die geringste Fortpflanzungsquote unter allen europäischen Völkern aufweisen!

Die Zahlen, die wir nannten, sind schon ernst genug. Aber trotzdem spiegeln sie die Bevölkerungsvorgänge immer noch zu günstig, sie täuschen ein Völkerverwachstum vor, das in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden ist. Die Täuschung kommt daher, daß wir heute einen ganz anderen Altersaufbau in Deutschland haben, als dies in den Jahren vor dem Kriege der Fall war. Gegenwärtig besitzt Deutschland eine sehr starke Belegung der mittleren Altersklassen, d. h. der Menschen zwischen 15 und 50 Jahren. Dagegen sind einerseits die Altersklassen der Säuglinge und andererseits die der Greise heute im Vergleich zu früher relativ schwach besetzt. Die praktische Folge, die sich aus diesen Tatsachen ergibt, hat der deutsche Bevölkerungsstatistiker F. Burgdörfer, dem wir auf diesem Gebiet wichtige neue Aufschlüsse verdanken, die „Hypothek des Todes“ genannt. Folgendes ist damit gemeint: unsere Sterbeziffer (im vorigen Jahre 11 pro Tausend), ist gegenwärtig ganz unverhältnismäßig niedrig. Das liegt eben daran, daß die vom Tode weniger bedrohten mittleren Jahrgänge sehr stark, die viel gefährdeten Säuglinge und Greise dagegen relativ schwach vertreten sind. In etwa 15—20 Jahren aber wird die Hypothek zur Einlösung präsentiert werden; dann sind die heute noch kaum vom Tode bedrohten Jahrgänge an die Grenze des Greisenalters gelangt —, und in 25 Jahren werden wir ein „Volk der Greise“ sein; denn es wird etwa doppelt so viel Menschen von über 65 Jahren geben als heute!

Die abnorm niedrige Sterbeziffer von 11 pro Tausend ist also in Wirklichkeit eine Illusion. Bezieht man sie auf einen normalen Altersaufbau und die normale „mittlere Lebensdauer“ (diese Ziffer ist bekanntlich dank der Fortschritte von Hygiene, Krankenfürsorge usw. sehr erheblich gestiegen), dann ergibt sich eine wahre, „bereinigte“ Sterbeziffer von etwa über 17 pro Tausend! Berücksicht-

1932

Zur Zeit einen Mann

am nächsten

Hat man auch bei der Geburtenziffer die anormalen Verhältnisse unseres gegenwärtigen Altersaufbaus, so stellt sich heraus, daß wir uns in Wirklichkeit schon seit ein paar Jahren auf dem abschüssigen Wege zum Bevölkerungsrückgang befinden! Burgdörfer hat mit Hilfe neuartiger Methoden eine „bereinigte“ Bevölkerungsbilanz des deutschen Volkes aufgestellt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß schon im Jahre 1927 (also vor Ausbruch der Krise!), unsere Geburtenziffer um etwa 9 Proz. niedriger war als zur bloßen Erhaltung unserer Bevölkerungszahl notwendig gewesen wäre! Mit dem Einsetzen der Krise hat sich dann der Geburtenrückgang in einen wahren Geburtensturz verwandelt: im Jahre 1930 fehlten 15 Proz. und im vorigen Jahre gar 23 Proz. an den Geburtenziffern, die das Minimum zur Aufrechterhaltung unseres Volksbestandes darstellen!

Nach Ansicht führender Bevölkerungsstatistiker muß schon in relativ kurzer Zeit das Gespenst der Arbeitslosigkeit ganz von selbst verschwinden, weil wir zwar gegenwärtig ein enormes Überangebot an Arbeitskräften haben, in naher Zukunft aber einen rapiden Abbruch der Arbeiterzahlen erleben müssen. Mühen! Denn hier handelt es sich um keine Prophezeiungen, da sich ja schon heute wenigstens für die nächsten Jahrzehnte die zu erwartenden Bevölkerungsziffern ziemlich genau ausrechnen lassen. Nach einer Veröffentlichung von Regierungsrat Dr. Wagner vom Statistischen Reichsamte betrug für das jetzige Reichsgebiet der Zuwachs an Erwerbsfähigen in den Jahren 1871 bis 1910 rund 13,5 Millionen. Die entsprechende Zahl stieg aber für die Zeit von 1910—1930 — also in nur 20 statt 40 Jahren! — bereits auf rund 10 Millionen an. Von hier aus gesehen wird unsere gegenwärtige Arbeitslosigkeit als „Normalerscheinung“ verständlich.

Gegenwärtig haben wir also einen noch nie erlebten Zustrom von erwerbsfähigen Menschen. Dieses Bild muß sich aber ziemlich bald radikal ändern; denn für die 20 Jahre von 1930—1950 ist nur mit einem Zuwachs an Erwerbsfähigen von etwa 2,5 Millionen zu rechnen! Da andererseits durch die oben erwähnte „Hypothek des Todes“ von einem gewissen Zeitpunkt an immer größere Verluste in unserem Volkstörper entstehen müssen (im Jahre 1930 werden wir etwa 9,5 Millionen Greise haben — gegen 2,9 Millionen im Jahre 1914), so wird in absehbarer Zeit mit der Notwendigkeit eines Naturereignisses die Arbeitslosigkeit verschwinden müssen. Wenn die Entwicklung dabei stehen bliebe, wäre ja alles gut. Leider aber droht bereits um das Jahr 1950 herum eine neue Wirtschaftswende — die nämlich von der Arbeits- zur Arbeiterlosigkeit! Die Zahl der Erwerbstätigen muß in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts immer mehr sinken, weil sich die Wirkungen des Geburtenrückganges immer stärker durchsetzen müssen. Nach einer sehr vorsichtigen Schätzung wird etwa im Jahre 1950 unsere Bevölkerungsziffer mit etwa 67 Millionen ihren Höhepunkt erreicht haben. Von da ab ist mit einem immer rascheren Ansteigen der Sterbefälle zu rechnen, die von den gesunkenen Geburtenziffern nicht mehr eingeholt werden können. Nach der erwähnten Schätzung würden wir dann im Jahre 2000 noch etwa 47 Millionen Menschen in Deutschland und nur 50 Jahre später etwa 25 Millionen zählen!

Das also ist die Gefahr. Noch ist es nur eine Gefahr, aber kein unabänderliches Schicksal, daß Deutschland wirklich „Selbstmord durch Geburtenrückgang“ begehen wird. Aber es ist notwendig, der Wahrheit ins Auge zu sehen, und sich darüber klar zu sein, daß beim Anhalten oder gar durch Verstärkung des gegenwärtigen Geburtenrückganges das deutsche Volk schon um das Ende unseres Jahrhunderts ein sterbendes Volk sein wird! Mancherlei Anzeichen, namentlich der Rückstrom weiter Bevölkerungsschichten von der sterilen Stadt zum fruchtbaren Land, deuten darauf hin, daß sich auf diesem Gebiet langsam ein Umschwung anbahnt. 2 Millionen Menschen sind im Weltkrieg für Deutschland gestorben — die Aufgabe der nächsten Zukunft wird darin bestehen, für Deutschland zu leben und für den Fortbestand dieses Lebens im ausreichenden Maße zu sorgen. Dr. W. Friese.

Kleine Chronik

Vor dem Sondergericht in Schweidnitz begann am heutigen Donnerstag der erste Prozeß wegen der Sprengstoffattentate, die Anfang August d. J. in den Kreisen Reichenbach und Rumpsch in Schlesien verübt wurden. Es steht zunächst der Bombenanschlag auf den sozialdemokratischen Redakteur Raeschke zur Verhandlung. Angeklagt sind acht SA- und SS-Leute, unter ihnen der Gruppenführer der schlesischen SA, Edmund Heines, wegen Begünstigung.

Im Allensteiner Sondergerichtsprozeß gegen die 16 Nationalsozialisten erklärten die Angeklagten Quastel und Almed, heute, Donnerstag, sie hätten nicht gewußt, daß die Wohnung des Kaufmanns Abraham über dem Labengeschäft gelegen habe. Die Verteidigung wies darauf, daß die Angeklagten jetzt fast durchweg die polizeilichen Protokolle widerriefen.

Wegen eines Sprengstoffanschlages auf die Druckerei des „Hessener Tagblatt“ (Nordbayern) sind zwei Nationalsozialisten verhaftet worden.

Eine auf Grund der letzten blutigen Vorfälle in Hamburg durchgeführte Razzia hat zur Eiszuführung von zweihundert Personen geführt.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Duisburg wurden ein Nationalsozialist und ein Kommunist schwer verletzt.

Das Berliner Bankgeschäft Visker & Co. ist wegen Verdachts von Devisenverschönerungen von der Staatsanwaltschaft geschlossen worden.

In einem Hause am Rudolphplatz in Köln wurde ein Doppelraubmord verübt. Ein bisher unbekannter junger Mann, der flüchtig ist, hat einen Geldbriefträger und eine 61 Jahre alte Frau, bei der der Täter in Untermiete wohnte, erschossen.

Der Preußenkonflikt

Die kommende Reichsratsitzung

Voraussichtlich wird in der Reichsratsitzung am 10. November eine Auseinandersetzung über den Preußenkonflikt stattfinden. Am heutigen Donnerstag trat, worüber an anderer Stelle berichtet wird, der Verfassungsausschuß des Reichsrats, der aus neun Mitgliedern besteht, zusammen. Die Aussprache im Verfassungsausschuß, die sich hinter verschlossenen Türen abspielte, trug nur den Charakter eines Vorgesprechens. Zu der Frage, ob im Plenum des Reichsrats eine Mehrheit gegen die Regierung von Bayern zustandekommen könnte, wird folgendes mitgeteilt:

Der Reichsrat zählt im ganzen 66 Stimmen, die von 17 Ländern gestellt werden. Auf Preußen entfallen von diesen 66 Stimmen 26, und zwar seit der Neugliederung vom 1. April 1929, nachdem Preußen vorher mit 27 Stimmen vertreten war. Diese Verminderung mußte erfolgen, weil sich das Stimmenverhältnis im Reichsrat durch das Erlöschen der Badischen Stimme infolge der Vereinigung Badens mit Preußen am 1. April 1929 veränderte, Preußen aber nach Artikel 61 der Reichsverfassung nicht mehr als zwei Fünftel aller Stimmen im Reichsrat vertreten darf.

Für die kommenden Auseinandersetzungen im Reichsrat ist es aber nun von entscheidender Wichtigkeit, daß die Regierung Braun nicht über die vollen 26 Stimmen verfügt, sondern daß ihr unbedingt sicher nur 13 Stimmen sind; denn die Hälfte der preußischen Stimmen wird gemäß der Reichsverfassung von der preußischen Provinzialverwaltung durch Wahl gestellt. Es läßt sich gar nicht übersehen, welche Unterstützung die Regierung Braun von den 13 Provinzialstimmen erhält. Es ist aber anzunehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser Vertreter anders als die Vertreter des Kabinetts Braun stimmen werden.

Weiter haben im Reichsrat Bayern 11, Sachsen 7, Württemberg 4 und Baden 3 Stimmen. Thüringen, Hessen, Hamburg verfügen über je 2 Stimmen und die übrigen neun Länder haben im Reichsrat je eine Stimme. Die süddeutschen Länder verfügen also über 18 Stimmen und wenn zu ihnen in einer besonderen politischen Konstellation noch 13 Stimmen der Regierung Braun kommen sollten, so würde dieser Block sicher über 31, wahrscheinlich aber durch einige der preußischen Provinzialvertreter über die Hälfte aller Reichsratsstimmen verfügen.

Ein Beschluß der Regierung Braun

Über eine am Mittwoch stattgefundene Sitzung des Kabinetts Braun wird offiziell mitgeteilt:

„In der Sitzung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, daß die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu Unrecht ihres Amtes enthobenen preußischen Staatsminister wieder in ihr Amt als Staatsminister und Landesregierungen einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat.“

Dazu wird weiter erklärt, daß die preußische Staatsregierung auf Grund dieser ihrer Auffassung weitere Schritte eingeleitet habe. Allerdings dürfe ein neuer Appell an den Staatsgerichtshof vorläufig nicht in Frage kommen. Man weist darauf hin, daß es ja noch andere Möglichkeiten, insbesondere eine Fühlungnahme mit dem Reichskommissar usw. gäbe, die für die Klärung dieser Dinge ersprießlich werden müßten.

Die Reichsregierung wendet sich in einer Erklärung gegen die Auffassung, daß nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes eine Pflicht bestehe, die preußischen Staatsminister wieder formell in ihre Ämter einzusetzen. Eine solche Pflicht ergäbe sich aus dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht. Die Reichsregierung müsse lediglich dem preußischen Staatsministerium die Ausübung der Befugnisse ermöglichen, die ihm der Staatsgerichtshof zuerkannt habe. Sie habe die nötigen Vorschläge der preußischen Staatsregierung gemacht. Diese sei bis jetzt noch nicht auf sie eingegangen.

Der Konflikt mit Bayern

Zu den verschiedenen Meldungen über die Aufnahme der Stuttgarter Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held in Berlin wird der „Bayerischen Staatsztg.“ von maßgebender bayerischer Stelle erklärt:

„Ministerpräsident Dr. Held hat in Stuttgart noch einmal gewarnt und ernste Kritik an den letzten Maßnahmen der Reichsregierung geübt. Dabei hat ihn keinerlei Animosität gegen die Person des Reichsregierers von Bayern oder gegen irgend ein Mitglied der Reichsregierung geleitet. Sein Widerspruch entspringt ausschließlich der tiefen sachlichen Gegnerschaft gegen die letzten Maßnahmen der Reichsregierung, die man nicht mehr als föderalistisch, sondern als rein zentralistisch-unitaristisch ansehen muß. Die Erbitterung darüber ist am größten in Bayern, weil das ganze Vorgehen der Reichsregierung in schroffstem Gegensatz zu den Versprechen steht, die Bayern gerade bei den letzten Wahlen des Reichstages von Bayern und des Reichsinnenministers von Gahl erhalten hat. Das Mißtrauen ist umso größer, als man die Empfindung hat, die Reichsregierung lasse sich bei ihren letzten Aktionen von Kräften treiben, die zwar nicht sichtbar sind, deren Wirken aber umso verhängnisvoller nicht bloß für Bayern, sondern für das ganze Deutsche Reich ist. Bayern und sein Ministerpräsident stehen im übrigen in ihrer scharfen Ablehnung des jetzigen Vorgehens der Reichsregierung in der ganz gleichen Linie wie Württemberg und Baden.“

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat am Mittwoch in München in einer fast zweistündigen Rede vor Pressevertretern den bayerischen Standpunkt zur Frage der Reichsreform und zu den Maßnahmen der Reichsregierung auf diesem Gebiet dargelegt. Er betonte, daß die Pressebehauptungen, Bayern sabotiere eine Reichsreform, vollkommen unbegründet seien. Bayern habe zu allererst auf die Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung hingewiesen. Allerdings habe man dabei in Bayern nicht an Dinge gedacht, die außerhalb des Rechtsstandpunktes liegen. Bayern bekämpfe jede Verfassungs- und Reichsreform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden sollte.

Was die Beseitigung des Dualismus Preußen-Reich anlange, so habe sich Bayern dagegen nie getraut. Während des Münchener Kanzlerbesuchs habe Herr von Papen wegen der knappen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, nur kurz über die Verfassungsreform mit Dr. Held sprechen können. Auch damals sei ausdrücklich zugesichert worden, daß nichts ohne vorherige Verständigung der Länder unternommen werden würde. In Bayern nicht an Dinge gedacht, die außerhalb des Rechtsstandpunktes liegen. Bayern bekämpfe jede Verfassungs- und Reichsreform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden sollte.

Was die Beseitigung des Dualismus Preußen-Reich anlange, so habe sich Bayern dagegen nie getraut. Während des Münchener Kanzlerbesuchs habe Herr von Papen wegen der knappen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, nur kurz über die Verfassungsreform mit Dr. Held sprechen können. Auch damals sei ausdrücklich zugesichert worden, daß nichts ohne vorherige Verständigung der Länder unternommen werden würde. In Bayern nicht an Dinge gedacht, die außerhalb des Rechtsstandpunktes liegen. Bayern bekämpfe jede Verfassungs- und Reichsreform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden sollte.

traktisch. Dr. Held kam dann auf die Stuttgarter Rede zu sprechen, deren Charakterisierung er als Wahlrede scharf zurückwies. Zum Schluß betonte Dr. Held, er lasse sich an nationalem Empfinden von niemandem übertreffen. Für eine Reichsreform sei Bayern zu haben, aber nicht auf dem Wege des Staatsstreiks oder des Artikels 48. Neben einer starken Reichsgewalt müßten auch die Rechte der Länder gesichert bleiben. Wenn beim Reich der gute Wille vorhanden sei, wie bei Bayern, so sei die Möglichkeit einer Verständigung auch heute noch nicht ausgeschlossen.

Stellungnahme der württembergischen Regierung

Von zuständiger württembergischer Seite wird mitgeteilt: Das württembergische Staatsministerium hat am Mittwoch zu der durch das Vorgehen der Reichsregierung geschaffenen Lage in Preußen Stellung genommen und seinen Gesandten in Berlin mit Weisungen für die zu erwartende Reichsratsitzung versehen.

Verkehrsstreik in Berlin

Straßenbahn-, U-Bahn- und Autobusverkehr stillgelegt

WTB, Berlin, 3. Nov. (Tel.) Das gesamte Personal der Berliner Verkehrs-Gesellschaft ist heute früh in den Streik getreten, so daß ganz unerwartet weder Straßenbahn, noch U-Bahn, noch Autobus verkehren. Bis zur Stunde ist der Streik reiflos durchgeführt worden. Einzelne Arbeitswillige verstanden, auf einzelnen Linien den Straßenbahnverkehr in Gang zu bringen; doch mußten sie wieder umkehren, da die Wagen von Streikenden demoliert und die Fenster Scheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden.

In der Berliner Allee in Weisensee wurde ein ins Depot fahrender Straßenbahnwagen der Linie 60 E von etwa acht Nationalsozialisten durch Steinwürfe beschädigt. Zwei den Wagen begleitende Polizeibeamte konnten zwei der Täter festnehmen, die dem Polizeipräsidenten zugeführt wurden. Vor den einzelnen Straßenbahndepots sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

Die Berliner warteten heute früh zu Hunderten an den Haltestellen auf ihr gewohntes Verkehrsmittel. Erst als sie durch Flugblätter über den Streik bei der WTB unterrichtet wurden, setzten sich die Massen in Bewegung, um zu Fuß an ihre Arbeitsstätten zu gelangen. In verschiedenen Straßen kam es zwischen Streikposten und Arbeitswilligen zu kleineren Reibereien, die jedoch von der Polizei im Keime erstickt werden konnten. Die Polizei hat bereits in der Nacht Sicherheitsmaßnahmen getroffen, und befindet sich zur Zeit in erhöhter Dienstbereitschaft.

Ein wilder politischer Streik

WTB, Berlin, 3. Nov. (Priv.-Tel.) Zwischen der Leitung der WTB und den Arbeitervertretungen finden heute vormittag erneut Verhandlungen statt, die zum Ziel haben, den Streik im Berliner Verkehrswesen so schnell wie möglich zu beenden. Tarifrechtlich handelt es sich um einen wilden Streik, da die Dreiviertelmehrheit für den Streik bei der Abstimmung nicht erreicht wurde. Seit dem 30. August herrscht bei der WTB ein tarifloser Zustand, der dadurch verursacht wurde, daß eine Einigung über die von der Gesellschaft vorgeschlagene Stundenloshöherung von 2 Pf. nicht erzielt werden konnte. Sollten die Verhandlungen scheitern, so ist anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister mit einem Schlichtungsversuchen eingreift. Zunächst hängt das aber von der weiteren Entwicklung ab, die um so zweifelhafter ist, als der Streik von den Gewerkschaften abgelehnt — eine Angelegenheit ausschließlich der Nationalsozialisten und Kommunisten ist, also stark politischen Charakter hat.

Wechsel im polnischen Außenministerium

Londoner und Pariser Stimmen

Der polnische Außenminister Jalecki ist zurückgetreten. Sein Nachfolger wird sein bisheriger Mitarbeiter, Oberst Beda, Beda ist Vertreter des Marschalls Bilubski, dessen langjähriger Adjutant er früher war. Jalecki bekleidete das Amt eines Außenministers seit der Nachübernahme durch Marschall Bilubski im Sommer 1926 und vertrat Polen bei allen internationalen Konferenzen. Er gab in einem Interview Gesundheitsrückfichten als Ursache für sein Scheitern aus dem Amte an. Wie es heißt, soll aber Jalecki auch weiterhin dazu ausersehen sein, Polen bei den Ratssitzungen als 1. Delegierter zu vertreten.

Der Londoner „Morningpost“ zufolge soll der Hauptgrund für den Rücktritt der Jalecki der polnischen Regierung sein, den polnisch-russischen Nichtangriffspakt zu ratifizieren, ohne den Abschluß der entsprechenden russisch-rumänischen Verhandlungen abzuwarten. In Paris erklärt man, daß eine Änderung in der polnischen Außenpolitik nicht zu erwarten sei. „Le Nouvelliste“ sagt, die Vertrauenspolitik mit der Nachfolge Jaleckis sei die beste Garantie für die Beständigkeit der polnischen Außenpolitik. „Echo de Paris“ findet allerdings die Ernennung Bedas, der im Februar der französischen Militärmission in Polen mit einer aufsehenerregenden brüsten Geste ein Ende gesetzt habe, bedenklich.

Reichskanzler v. Papen hat die Absicht, im Anschluß an seine Besuche in Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und nach der Einweihung der Rheinbrücke in Mannheim am 20. November auch der hessischen Regierung in Darmstadt einen Besuch abzustatten.

Zur Frage der Reichsreform wird von zuständiger Berliner Seite mitgeteilt, daß in der Behandlung der Reichsreformpläne selbstverständlich keine endgültige Entscheidung im Kabinetts gefaßt werden wird, ehe nicht die Länderregierungen mit dem großen Fragenkomplex befaßt worden sind. Nachdem im Anschluß daran die Entscheidung des Kabinetts getroffen sein wird, werde eine ordnungsmäßige gefühlvolle Erledigung des ganzen Problems erfolgen.

Keine Herabsetzung des Pensionsalters der Beamten. Aus Berlin wird mitgeteilt: Im gegenwärtigen Wahlkampf spielt die Meldung eine Rolle, daß die Reichsregierung die Absicht habe, das Pensionsalter der Beamten auf 60 Jahre herabzusetzen. Aus Kreisen des Reichsinnenministeriums wird auf das Bestimmteste versichert, daß die Reichsregierung mit derartigen Plänen nicht das geringste an tun habe und eine weitere Herabsetzung des Pensionsalters absolut nicht in ihrer Absicht liege.

Der frühere ungarische Ministerpräsident Karolyi hat auf sein Abgeordnetenmandat verzichtet und erklärt, daß er sich aus dem aktiven politischen Leben zurückziehen werde.

Bei der Präsidentschaftswahl in Chile erhielt Arturo Alessandri mit rund 180 000 von insgesamt 325 000 Stimmen die absolute Mehrheit.

Das sozialdemokratische Volksbegehren

Noch keine Entscheidung

Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte vor einigen Monaten ein Volksbegehren auf Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung der Reichsnotverordnung beim Reichsinnenminister beantragt. Eine Entscheidung über die Zulassung dieses Volksbegehrens ist noch nicht gefallen.

Wie nun aus Berlin mitgeteilt wird, ist diese Verzögerung darauf zurückzuführen, daß die Zulassung dieses Volksbegehrens eine Reihe von Rechtsfragen aufwirft, die einer gewissenhaften Prüfung bedürfen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind solche Volksbegehren unzulässig, die den Staat des Reiches betreffen. Die Klärung dieser Frage ist bei dem sozialdemokratischen Volksbegehren besonders schwierig und macht umfangreiche Besprechungen innerhalb der verschiedenen Reichsressorts notwendig. Solche Besprechungen fanden auch in diesen Tagen wieder statt. Die Entscheidung wird in der nächsten Zeit, allerdings kaum noch vor den Wahlen, fallen. Es ist zu erwarten, daß das Gesamtkabinett zu dem Volksbegehren Stellung nimmt.

Ungültige Wahlvorschläge

Unter den kürzlich vom Reichsinnenministerium zugelassenen Reichswahlvorschlägen befanden sich einige, deren endgültige Zulassung davon abhängig gemacht worden war, daß gültige Kreiswahlvorschläge nachgeliefert würden. Für drei Kreiswahlvorschläge sind solche Kreiswahlvorschläge bis zum Ablauf des Termins nicht eingereicht worden, so daß sie jetzt auch nicht auf der Reichsliste erscheinen werden. Es sind dies die Kreiswahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschen Präsidialpartei.

Der Untergang der „Niobe“ vor dem Kriegsgesicht

Der Kommandant als Angeklagter

W. B. Kiel, 3. Nov. (Tel.) In der Marinekriegsgerichtlichen Verhandlung über den Untergang des Marinekriegsschiffes „Niobe“ am 26. Juli 1932, bei dem 69 Angehörige der Reichsmarine dem Seemannstod gefunden haben. Vorsitzender in diesem Prozeß, für den zwei Tage vorgesehen sind, ist Marinekriegsgerichtsrat Schud.

Die Anklage richtet sich gegen den Kommandanten der „Niobe“, Kapitänleutnant Kubfus. Sie stützt sich auf § 326 StGB. Dieser Paragraph handelt von der fahrlässigen Herbeiführung des Sinkens eines Schiffes. In der Anklageschrift werden die Umstände geschildert, unter denen das Unglück eintrat. Bei dem Ausmaß der Katastrophe, so heißt es in der Anklage, ist die Nuntmachung gerechtfertigt, daß das Unglück hätte vermieden werden können.

Der Prozeß Bullerjahn

Vorerst öffentliche Verhandlung

Am heutigen 3. November begann der neue Prozeß gegen den Lagerverwalter der Berlin-Karlshagen Industrie- und Handelskammer, Bullerjahn, vor dem Kriegsgesicht. Bullerjahn war am 11. Dezember 1925 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er ein geheimes Waffenlager der Berlin-Karlshagen Industrie- und Handelskammer an die Interalliierte Militär-Kontrollkommission verraten und sich so des Landesverrats schuldig gemacht haben sollte. Nachdem der Verurteilte mehr als sechs Jahre seiner Strafe schon verbüßt hatte, hat im März dieses Jahres der 4. Strafsenat die Durchführung des Wiederaufnahmeverfahrens, die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet. Es erfolgt nun somit die Nachprüfung eines Urteils, wofür sich so gegenständig eingestellte Politiker, wie der verstorbene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Levi und der alte Wilhelm Stahl eingestellt hatten.

Ob Bullerjahn unschuldig ist, weiß man nicht. Derjenige, welcher das verurteilte Lager von 60 000 Schrotkugeln, die auch zur Herstellung von Gewehrläufen geeignet waren, an die Kontrollkommission verrät, ist nicht festzustellen. Das Urteil von 1925 stützte sich auf einen Komplex von Indizien, die in ihrer Gesamtheit immer noch mindestens schwach waren. Hauptgegner war Herr v. Gontard, der Arbeitgeber Bullerjahn, gewesen. Aber auch Herr v. Gontard hatte nichts Positives auszusagen können. Zwischen den beiden hatte es einen Konflikt gegeben, so daß der 4. Strafsenat als Motiv für den begangenen Landesverrat neben Gewinnjagd geradezu Mordlust vermutete. Indizien haben sich auch Entlastungsmomente positiver Art ergeben, Verbindungen des französischen Leutnants Jost gegenüber mehreren deutschen Zeugen, daß er Bullerjahn nicht einmal kenne. Jost aber sollte gerade dasjenige Mitglied der Kontrollkommission gewesen sein, an das Bullerjahn das Waffenlager angeblich verraten hatte.

OB. Leipzig, 3. Nov. (Priv. Tel.) Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Kriegsgesicht, Dr. Binger, begann am Donnerstag das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Bullerjahn. Die Klage wird durch den Oberstaatsanwalt Dr. Werner persönlich vertreten. Für Bullerjahn ist Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, Berlin, erschienen.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß es sich hier keineswegs um eine politische Sache handle, sondern nur darum, ob ein Mensch schuldig sei oder nicht. Die Frage sei dadurch neu aufgerollt worden, daß das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt worden sei. Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses machte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld darauf aufmerksam, daß der Rechtsvertreter des Zeugen von Gontard, Rechtsanwalt von Berg, im Zuhörerraum sitze. Auf Veranlassung des Vorsitzenden erklärte Herr von Berg, er sei gekommen, um die Interessen des Herrn von Gontard wahrzunehmen. Herr von Gontard habe nicht den leisesten Wunsch, nicht als Zeuge zu erscheinen.

Oberstaatsanwalt Werner beantragte für die ganze Dauer der Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit. Das Gericht beschloß jedoch, der Senat halte es nicht für geboten, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen. Er behalte sich jedoch vor, die Öffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.

Darauf wurde mit der Vernehmung Bullerjahn's begonnen.

Eine Umfrage des Völkerbundes, ob die beteiligten Mächte mit einer Verlängerung des Nüftungsfeierjahres einverstanden sind, wird Deutschland nicht beantworten, bevor die Frage der Gleichberechtigung geklärt ist.

Severing erkrankt. Am Mittwoch sollte der preussische Innenminister Severing auf einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Magdeburg sprechen. Die Rede wurde abgelesen, weil Severing erkrankt in Frankfurt a. M. darniederlag.

Das Urteil im Frankfurter Fabrik-Prozeß ist nunmehr sämtlichen Angeklagten zugestellt worden. Damit beginnt jetzt die Revisionsschrift zu laufen. Eine Durchlesung des Urteils ist nicht erfolgt, aber es ist im Abzugsverfahren vervielfältigt worden und umfaßt rund 1225 Seiten. Für eine solche Urteilsabschrift werden 361 RM. gefordert.

Heimkehr des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Mittwoch um 17.10 Uhr in Sevilla eine Zwischenlandung vorgenommen. Die Landung vollzog sich unter lebhaften Ovationen und unter Hochrufen auf Deutschland und Spanien. Die Musik spielte die deutsche Nationalhymne. 10 000 Menschen waren zur Stelle. Der Adjutant des Kriegsministers Agana, Oberstleutnant Herrera, und der Stadtverordnetenvorsteher von Sevilla, Casas, gingen an Bord des Luftschiffes, um die Fahrt bis Friedrichshafen mitzumachen. Nach 20 Minuten Aufenthalt setzte „Graf Zeppelin“ unter neuen Ovationen seine Fahrt fort.

Berkehrslugzeug im Speffart verunglückt

Auf dem Wege von Nürnberg nach Frankfurt verunglückte Mittwochmittag ein Flugzeug der Luftlinie bei Schterspühl im Speffart. Fünf Insassen kamen ums Leben. Die Namen der Verunglückten sind: Oberregierungsrat Weidner und Regierungsrat Eschenbach vom Landesfinanzamt München, der kaufmännische Angestellte Richter von der Münchener Flugleitung und die Besatzung, Flugzeugführer Anton Schulz und Funkermeister Karl Frank. Das Flugzeugunglück ist wahrscheinlich auf den Bruch eines Flügels zurückzuführen, der im dichten Nebel gestreift haben mag. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug förmlich im Boden eingegraben liegt. Das Flugzeug ist im dichten Gehölz abgestürzt. Die Wipfel einiger Bäume sind bei dem Sturz glatt abgerast worden.

Das Flugboot „Do X“, das am Mittwoch Karlsruhe überflog, traf um 16.45 Uhr über Zürich ein und landete vor 17 Uhr auf dem Züricher See. Auf seinem Flug von Mannheim nach Zürich passierte das Flugboot 15.10 Säckingen. 15.50 Uhr erreichte „Do X“ Friedrichshafen und setzte dann seinen Flug nach einer Schleiße nach Zürich fort.

Der deutsche Weltflieger Wolfgang von Gronau ist Mittwochmittag in Athen gelandet. Gronau will als nächstes Tagesziel Rom anfliegen. Zur Vermeidung seines Welfluges liegt dann noch als letztes schweres Hindernis die Überquerung der Alpen vor ihm, die mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Jahreszeit bei schlechter Wetterlage nicht möglich ist. Die Flieger werden in Rom deshalb besonders sorgfältig Wettermeldungen einholen.

Badischer Teil

„Hitlers Antwort an Reichskanzler von Papen“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„In einem offenen Brief an den Reichskanzler, den die nationalsozialistischen Zeitungen „Der Führer“, „Der Almanach“, „Die Bodensee-Rundschau“, „Die Volksgemeinschaft“, „Das Gaufreuzbanner“ und das „Schwarzwälder Tagblatt“ zum Abdruck brachten, hat Adolf Hitler u. a. auch die Haltung der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage zum Gegenstand der Kritik gemacht.“

Gemäß § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausgrenzungen vom 14. Juni 1932 sind die genannten nationalsozialistischen Zeitungen ausgedruckt worden, an gleicher Stelle, in gleicher Schriftgröße und mit den gleichen Überschriften, mit denen sie den offenen Brief Hitlers veröffentlicht hatten, die nachstehende, amtliche Entgegnung der Reichsregierung zu veröffentlichen:

„In einem offenen Brief an den Reichskanzler hat Adolf Hitler Behauptungen über den Standpunkt der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage aufgestellt, die im Interesse der deutschen Außenpolitik auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen.“

Hitler behauptet: Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten;

es habe die Forderung nach einer 300 000-Mann-Armee erhoben;

es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen „usw.“ gefordert.

Diese drei Behauptungen sind in vollem Umfang unwahr. Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August enthält.

Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abzurufen, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes demjenigen Nüftungsstand entspricht, der uns durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz dieser unserer grundsätzlichen Forderung nicht Rechnung, so müssen wir verlangen, daß nicht weiter zweierlei Recht gilt, sondern daß die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fordert auch in diesem Falle keine Aufrüstung. Der Zustand darf aber nicht weiter bestehen, daß uns grundsätzlich Waffen verboten sind, welche anderen Staaten als unentbehrliche Mittel der Verteidigung erlaubt bleiben.

Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, daß Herr Adolf Hitler in seinem offenen Briefe vom 20. Oktober unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit das Interesse des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen.

Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke!

Das Rheinkraftwerk Albrunn-Dogern

Über die Arbeiten am Kraftwerksbau wird folgender Bericht herausgegeben: Die Arbeiten am Stauewehr nehmen einen programmäßigen Verlauf. Fertigestellt sind sämtliche Pfeiler des Wehres, die Schwellen und drei Öffnungen, sowie die Fußgängerbrücke über vier Öffnungen, dagegen stehen in Öffnung 5 die Dienstbrücke und die Schützen vor ihrer Vollendung. Ebenso sind die Uferschuttbauarbeiten auf der schweizerischen Seite fertig, während sie auf dem deutschen Gebiet in ihrer ganzen Ausdehnung noch in Arbeit sind. Beim Werkkanal wurden die Ausschachtungsarbeiten so gefördert, daß schon der größere Teil der Dämme einmal überwintert konnte. Am Maschinenhaus wurden termingemäß die Gründungsdamente zu Ende geführt, so daß die Betonierung der Turbinenfundamente rechtzeitig in Angriff genommen werden konnte. Am Ende des Berichtsjahres waren alle drei Fundamente in Arbeit, auch wurde mit den Ausschachtungsarbeiten des Unterwasserkanals begonnen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im wesentlichen folgende Aufträge vergeben: die Generatoren und Transformatoren, die Tiefbauarbeiten für den Fullardamm, der Maschinenhaushochbau, die Werkkanalbrücken, Ausschüttungsarbeiten, Uferschuttbau und die Tiefbauarbeiten für den Rheinkraftweg.

Aus der badischen Industrie

Die badische Textilindustrie an die Regierung. Der Landesverband der badischen Textilindustrie in Freiburg hat eine dringende Eingabe an das badische Staatsministerium gerichtet, in der er auf die furchtbare Notlage der badischen Textilindustrie hinweist, von deren Betrieben ein großer Teil in den letzten Jahren entweder ganz zusammengebrochen oder vollkommene Stillgelegt worden sei. Die Zahl der beschäftigten Textilarbeiter im Verbandsgebiet sei von rund 32 000 im Jahre 1925 auf 22 000 jetzt zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der zahlreich entlassenen Arbeiter kleinerer, nicht dem Verband angeschlossener Betriebe, ergebe sich, daß etwa 33 Proz. der gesamten badischen Textilarbeiterkraft brotlos sei. Erschwerend komme hinzu, daß in den noch arbeitenden Betrieben fast überall die Kurzarbeit eingeführt werden mußte. Alle Betriebe arbeiteten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, seit Jahren mit Verlust. Um sich überhaupt vor dem Erliegen zu bewahren, mußten die Löhne stark gekürzt werden. Dazu kam die Grenzlage Badens und der Verlust des elsässischen Absatzmarktes, der sich heute zum schmerzlichen Konkurrenzvorteil entwickelt habe. Der Verband richtet daher das dringende Ersuchen an die Landesregierung, dem langjahren Absterben des größten badischen Industriezweiges durch weitgehende Steuererleichterungen Einhalt zu gebieten und bei der Reichsregierung auch für Baden die gleichen Hilfsmassnahmen zu erwirken, die andere Reichslandesteile des Reiches genießen. Insbesondere wird die Beteiligung Badens an der Kreditgewährung durch die Bank für Industrieobligationen gefordert, die es als notleidendes Grenzland mit demselben Recht, wie die übrigen Grenzgebiete verlangen könne. Man müsse auch den Einbruch gewinnen, als ob die zuständigen Reichsbehörden nicht genügend von der furchtbaren Wirtschaftslage des badischen Grenzlandes unterrichtet seien. Schließlich wird für die Vereinfachung billiger Kredite aus dem Reichshilfsfonds zur Erhaltung kleiner und mittlerer Betriebe eingetreten.

Erweiterung der deutschen Billiger-Betriebe. Die Stumpenfabrik Billiger Söhne, in Tiengen (Amt Waldshut) die in Deutschland Niederlassungen in München und Tiengen unterhält und zur Zeit voll beschäftigt ist, beabsichtigt ihre Produktion weiter auszudehnen, und hat zu diesem Zweck beschlossene, die Fabrikräume in der Obst- und Gemüsewerke in Griesen, Amt Waldshut, die schon seit längerer Zeit stillliegen, pachtweise oder käuflich zu erwerben und dort die Stumpenfabrikation ebenfalls aufzunehmen.

Im Aluminiumwalzwerk Wuttschlingen konnte durch Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden die Belegschaft um 13 Mann vergrößert werden. Da sich der Auftragsgang gesteigert hat, sind noch weitere Arbeitskräfte eingestellt worden.

Aus der badischen Landwirtschaft

Kellerwirtschaftskurs des Badischen Weinbauinstituts. Vom 29. November bis 1. Dezember hält das Badische Weinbauinstitut in Freiburg in seinen Räumen, Bismarckstraße 21, einen Kellerwirtschaftskurs ab, um Winzern, Küfern, Wirten und Weinbäuern Gelegenheit zu geben, sich mit den neuen Methoden der Weinbereitung und Weinbehandlung vertraut zu machen. Vormittags werden Vorträge über alle wichtigen Gebiete der Kellerwirtschaft abgehalten, die Nachmittage sind praktischen Unterweisungen gewidmet. Die Erfolge früherer Kurse haben den Wert dieser Veranstaltung überzeugend dargelegt. Es sollte deshalb kein Interesse dieser Gelegenheit, sein Wissen zu bereichern, vorübergehen lassen.

Tagungen

Auf dem Kreisturntag 1932 der Badischen Turnerschaft am 30. Oktober in Heidelberg, ging die Führung des X. Kreises der Deutschen Turner in andere Hände über. Der erste Kreisvertreter, Oberkreisdirektor Daniel Weiß, Heidelberg, verläßt aus Gesundheitsrücksichten den Platz, auf welchen ihn das Vertrauen der Oberheimischen Turnvereine und Gaus am 1. Dezember 1932 auf dem großen Kreisturntag in Konstanz a. d. S. berufen und den er fast volle 20 Jahre innegehabt hat. Mit 919 Vereinen und fast 100 000 Mitgliedern übergab sein Vorgänger, Banner, Weiß den Oberheimischen Turnkreis, dessen gesunde Entwicklung dem Weltkrieg zum Opfer fiel. Das Kriegsende brachte den Verlust des Landesverbandes der Turnvereine Elsass-Lothringen mit 133 Vereinen und etwa 14 000 Mitgliedern. Durch die Abkürzung der Pfalz schlossen sich die Pfälzer Turnvereine zu einem eigenen Kreis dem Pfälzer Turnverband zusammen. So gestaltete sich die Aufbauarbeit doppelt schwierig. Aus dem starken oberheimischen Turnkreis ist dann in Offenburg der X. Turnkreis (Baden) gemornden, nachdem 51 Proz. des früheren Bestandes dahin war. Der Bestand an Vereinen und Mitgliedern mehrte sich aber auf beinahe 600 Vereine und 75 000 Angehörige. — Die Verhandlungen der Heidelberger Tagung umfaßten eine umfangreiche Tagesordnung, darunter auch die Besprechung über das Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart. Der Bericht des stellvertretenden Kreisvertreters, Dr. Fildner, Karlsruhe, besagt, daß der Kreis am 1. Januar 1932 575 Vereine mit nahezu 75 000 Mitglieder umfaßt. Es ist gegenüber dem Vorjahre ein Rückgang zu verzeichnen. Zu den neu aufgenommenen Arbeitsgebieten gehören das Segelfliegen, das Kleintalüberfliegen und das Ringtennis.

Aus der Landeshauptstadt

Das neue Karlsruher Adreßbuch 1932/33

ist soeben erschienen. Es kommt wieder recht frühzeitig, Anfang November, enthält aber doch alle Veränderungen bis nahezu Ende Oktober, zum Teil sogar schon solche vom November. Wieviel Veränderungen dies sind, sieht man daraus, daß seit Oktober vorigen Jahres allein 34 000 Umzüge verarbeitet werden mußten, darunter über 3000 vom Oktober dieses Jahres. Dazu kommen noch die außerordentlich zahlreichen Geschäfts- und Büroänderungen, die besonders jetzt in letzter Zeit eingetreten sind. Hieraus ist am deutlichsten ersichtlich, wie falsch es ist, ein altes Adreßbuch zu benutzen, besonders jetzt in der Zeit schärfsten Wirtschaftslampfes. Für den Geschäftsmann ist die Nähe des Werbens neuer Kunden umsonst, wenn er seine Briefe unrichtig nach veralteten Angaben schreibt. Die Anschaffung des neuen Adreßbuches ist wesentlich erleichtert worden durch besonders ermäßigte Bezugsbedingungen: Preis vor Erscheinen nur 14,40 RM. Dazu eine weitere Vergünstigung: wird ein Adreßbuch 1931/32 zurückgegeben, kostet das neue nur 13 RM., wird eines von 1930/31 zurückgegeben, nur 14 RM. Stadtplan, soweit Vorrat reicht, 50 Pf. Bezug nur vom Verlag: Karl-Friedrich-Straße 14.

Die Karlsruher Straßenbahn hatte am Allerheiligentag nicht nur einen starken Verkehr nach dem Hauptfriedhof und nach der Messe zu bewältigen, sondern mußte auch die Menschenmassen nach dem Wiesengelt für die Hitler-Ausdehnung an der Albieblung befördern. Die Verwaltung hatte für diesen Tag alles verfügbare Material und jeden Mann in den Dienst gestellt. Im ganzen benutzten am Allerheiligentag 180 000 Personen die Karlsruher Straßenbahn. Auf der eingeleiteten Strecke nach der Albieblung wurde die Rangierung der Wagen durch Lichtsignale der Michelinwerke gut unterstützt.

Ein fahrlässiger Bahnwärter vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Karlsruhe hatte sich der Bahnwärter Bischof aus Kastatt wegen fahrlässiger Eisenbahntransportführung und fahrlässiger Tötung zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt am Morgen des 1. Oktober den Zusammenstoß des Triebwagens Winterdorf-Kastatt mit einem Karlsruher Kraftwagen bei Sandweier, wo er vergessen hatte, die Bahnschranke zu schließen, verschuldet zu haben. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Benzintank explodierte und der Kraftwagen in Brand geriet, wobei der Chauffeur verbrannte und der Beifahrer so schwere Verletzungen erlitt, daß er am anderen Tage starb. Das Gericht verurteilte Bischof zu fünf Monaten Gefängnis.

Unerlaubte Wahlpropaganda. In Durlach wurden in vergangener Nacht drei Angehörige der NSD. ermittelt, die auf die Gehwege der Hauptstraße mit Schwarz kommunistische Wahlparolen aufmalten.

II. Sinfonie-Konzert des Badischen Landesorchesters. Der zweite Sinfonie-Abend der Staatskapelle erhält sein besonderes Gewicht durch die Namen der beiden Werke, die seine Vortragsfolge bilden. Da steht zu Anfang Mozarts G-Moll-Sinfonie, die heute endlich als eine seltene Grottat der Literatur anerkannt ist. Nicht minder bedeutsam ist aber auch Mahlers „Lied von der Erde“, zumal es gerade in solchem Zusammenhang eine vielfach ganz eigenartige Beleuchtung (als Gegenstück aus einem anderen Jahrhundert) erfährt. Für die beiden Sinfonien sind in Joseph Weller und Ludwig Graeven, zwei hervorragende Solisten gewonnen; vor allem dürfte das erste hiesige Auftreten des gefeierten Tenors, der noch immer, wie einst als Baritonist, ein unerreichtes feines Piano und seine berühmt gewordene Halbstimme meistert, in weitestem Maße freier lebhaft interessieren. Die Leitung des Konzertes (Wittmoach, den 9. November) liegt in der Hand von Generalmusikdirektor Josef Krips.

Furtwängler mit den Berliner Philharmonikern kommt nach Karlsruhe! Das größte musikalische Ereignis seit Jahren bereitet sich vor! Endlich kann die badische Landeshauptstadt sagen, daß sie nicht mehr übergeben worden ist, denn der Abschluß des großen Sinfoniekonzertes des gesamten Berliner Philharmonischen Orchesters (98 Künstler) ist mit der Konzertdirektion Kurt Neufeldt perfekt geworden und das Datum von der Stadtverwaltung für Sonntag, den 13. Nov., abends 8 Uhr bestätigt. Es kann ganz offen gesagt werden, daß die Firma Neufeldt bei diesem Unternehmen ein Risiko von etwa 8000 RM. auf sich genommen hat, die natürlich nur bei Erhöhung der Eintrittspreise auf den doppelten Stand einzubringen sind. Trotzdem wurden die untersten Preise verhältnismäßig niedrig angesetzt und den Musikanhörern, den Kammermusikabonnenten, den Musiklehrern und Schülern halbe Preise auf allen Plätzen eingeräumt. Der Vorverkauf beginnt mit dem heutigen Tage. Karten für die rechte Saalhälfte in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, linke Saalseite in der Buchhandlung Bielefeld, am Marktplatz.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Seit der Verlagerung hohen Druckes auf das Festland sind nur noch unbedeutende Niederschläge bei uns gefallen. Die gleichzeitig erfolgte Zufuhr subtroptischer Luft hat allgemein Temperaturanstieg verursacht, so daß unser Gebiet bis zum Feldberg hinauf frostfrei geworden ist. Im Gebirge ist die Schneedecke deshalb größtenteils wieder abgeschmolzen und betrug auf dem Feldbergspitze heute früh nur noch 25 Zentimeter bei 5 Grad Wärme. Das Wetter wird vorläufig trocken bleiben und zeitweilig auch aufheitern; Voraussage: Anhaltend trocken und mild, zeitweise heiter, örtliche Frühnebel und meist schwache Luftbewegung.

Wasserstände: Waldsüt 290 minus 16, Bafel 96 minus 30, Rheinweiler 77 minus 27, Rehl 320 minus 14, Marau 513 minus 11, Mannheim 421 plus 16, Gaub fehlt.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. X. 1932 wurden als Bilanzprüfer die Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsprüfung G. m. b. H., Essen, und über die Südd. Revisions- und Treuhänder A. G. in Mannheim, gewählt.

Freiburg i. Br., den 26. Oktober 1932.
Schlussewerk Aktiengesellschaft.

Herr gef. z. Verkauf v. **Sormularen** liefert preiswert
Zigaretten an **G. Braun GmbH.**
Wirtin u. Privat **Karlsruhe**
S. Zigaretten & Co.
Hamburg 22, 22. 117
Karl-Friedrich-Straße 14

Waisen- und Sparkasse Mengen (Baden)

(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Schulden	RM
Kassenbestand	11 573,18	Spareinlagen	1 216 188,25
Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkasse	4 011,97	Aufwertungs-spareinlagen	373 802,50
Bertpapiere	1 350,—	Giro- und Kontokorrenteinlagen	41 765,34
Buchsel	2 869,—	Anlehens- und andere Schulden	98 072,38
Darlehen auf Hypothek	707 263,50	Rücklagen für dubiose Forderungen	29 394,80
Grundstückskaufgelder	87 177,—	Geschl. Reservefonds	43 856,71
Darlehen in lfd. Rechnung an Private	242 295,34	Reingewinn im Jahre 1931	7 186,31
Darlehen auf Schuldchein	174 059,—		
Darlehen an Gemeinden u. Betriebskapital	40 900,—		
Aufwertungsforderungen	338 854,46		
Einnahmerückstände	57 002,94		
Grundstücke und Gebäude	140 000,—		
Gerätschaften	2 909,90		
	1 810 266,29		1 810 266,29

Berechnung der Rücklage:
Die Rücklagen sollen betragen:
8% aus der Summe der Guthaben der Einleger = 130 540,48 RM
Sie betragen 51 043,02 RM
Mithin weniger 79 497,46 RM
Mengen, den 20. September 1932. E.235
Der Verwaltungsrat: Der Geschäftsführer:
F. and. Scholer.

Gemeinderundschau

Die Bürgersteuer in Baden

In Adelsheim hat der Gemeinderat sowohl die dreifache Erhöhung der Bürgersteuer 1933, wie auch den Vorschlag 1932/33 abgelehnt. Die Erhöhung der Bürgersteuer 1933 wird daher auf dem Verordnungsweg vollzogen.

In Mosbach hat das Bezirksamt die sechsfache Bürgersteuer verfügt, was vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen wurde.

Nachdem der Gemeinderat Ruffach die Erhöhung der Bürgersteuer für 1933 auf den fünffachen Betrag des Landesfußes abgelehnt hat, wurde diese Steuererhöhung vom Bürgermeister in Kraft gesetzt.

Das Bezirksamt Schopfheim hat angeordnet, daß die Bürgersteuer in Koblach ab 1. Januar 1933 in fünffacher Höhe des Landesfußes erhoben wird.

Das badische Ministerium des Innern hat dem Antrag des Konstanzer Oberbürgermeisters auf Einführung einer sechsfachen Bürgersteuer in Konstanz seine Zustimmung erteilt. Der ursprüngliche Antrag auf Erhebung einer neunfachen Bürgersteuer ist damit erledigt. Dagegen konnte sich das Ministerium nicht dazu entschließen, auch die Einführung der vorgeschlagenen doppelten Biersteuer zu genehmigen, zumal die Biersteuererhöhung erst am 1. April 1933 in Kraft treten könnte. Der Stadtrat Konstanz wird sich zu gegebener Zeit noch einmal mit dieser Frage beschäftigen müssen, wenn das Stadtoberhaupt nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß auf die erhöhte Biersteuer nicht verzichtet werden könne.

Bürgermeisterwahl. In Blumegg ist die Bürgermeisterwahl ohne Ergebnis verlaufen. Von 159 abgegebenen Stimmen erhielten Adolf Duffinger jun. 77, Raul Rindler jun. 74 Stimmen. Da keiner der beiden die absolute Mehrheit erreichte, ist ein nochmaliger Wahlgang erforderlich.

Mannheims Oktoberausfluß. Wie die „M.M.Z.“ erfährt, hat der Reichsminister der Finanzen der Stadt Mannheim für den Monat Oktober in Anbetracht ihrer Finanznot einen **Reichsausfluß** von 47 000 RM. bewilligt, um den die Oktober-Rate aus dem Reichsmotorsfabriks-Hilfsfonds erhöht wird. Die Auszahlung der Summe erfolgt Ende Oktober.

Der Bürgerausfluß Schwetzingen beschloß einstimmig zur Schaffung von insgesamt 80 Kleingärten von je vier Ar Größe 7225 RM. durch Aufnahme eines unergänzlichen Darlehens bei der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank bereit zu stellen.

Zufuß zur Postautolinie abgelehnt. Der Gemeinderat Neulohheim (bei Schwetzingen) hat die Bewilligung eines Zufußes für die Postautolinie Altkuhheim-Neulohheim abgelehnt, da diese hauptsächlich von der Altkuhheimer Einwohnerchaft benutzt würde. Die bereits angeforderte Einstellung der Linie könnte nur dadurch noch vermieden werden, daß Altkuhheim oder der Kreis den erforderlichen Zufuß übernimmt.

Die Sedach-Korrektion in Sedach (bei Mannheim) soll auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden. Die Finanzierungsfrage für den ersten Bauabschnitt ist jedoch noch nicht vollständig geklärt. Mit ihr wird sich der Bürgerausfluß noch zu befassen haben. Die Durchführung des Projektes bedeutet nicht nur die endgültige Vereinigung unhaltbarer Mißstände, sondern auch eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes im Arbeitsamtsbezirk Mosbach.

Die Direktverbindung Freiburg—Ettal—Kinzigtal—Stuttgart wird nicht gebaut! Aus einem Briefwechsel zwischen dem Gemeinderat Waldkirch und der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Reichsbahndirektion Karlsruhe, über die Fortführung der **Ettalbahn** nach dem Kinzigtal ergibt sich, daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe den Vorschlag ablehnt. Im Gegenzug zu den sorgfältigen Unterhaltungen, die unter Führung der Freiburger Handelskammer angestellt worden sind, befreit die Reichsbahndirektion Karlsruhe die Renabilität der Quer-

verbindung Freiburg—Stuttgart. Die Entscheidung der Reichsbahndirektion hat in Oberbaden schwer enttäuscht. Man gibt die Hoffnung nicht auf, daß es gelingen wird, die Reichsbahndirektion doch noch für den Bahnbau zu interessieren.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ob. Eberbach, 3. Nov. Fürstin Feodora zu Leiningen ist in der Nacht auf Mittwoch nach länger schwerer Krankheit im Schloß Wald-Leiningen verstorben. Die Beisetzung findet am Freitag statt.

Ob. Freiburg i. Br., 2. Nov. Am Sonntag berunglückte bei Schallstadt ein Berliner Personenauto. Bei dem inzwischen in der Freiburger Klinik verstorbenen Bernatoff handelt es sich um einen aus Dinaburg gebürtigen eingewanderten Leiten, der in Berlin wohnt und 14facher Hausbesitzer war. Gegen Bernatoff war ein Ermittlungsverfahren des Zollfahndungsstelle Berlin wegen **Devisenschlebung** anhängig. Inzwischen hat sich ferner herausgestellt, daß der zweite Inasse, Kaufmann Jury Friedland, der neben seiner angebliehen Frau Lydia Friedland, die noch nicht vernehmbar ist, noch eine zweite legitime Frau hat, die in Berlin wohnt. Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat die Koffer beschlagnahmten lassen.

Ob. Stühlingen (Amt Waldsüt), 2. Nov. Auf dem Fürstlich Fürstenberg'schen Gutshof beim Hohenlophen brach heute morgen gegen 4 Uhr Feuer aus. Es verzeilte sich so rasch, daß das zweistöckige Wirtschaftsgelände, das bis unter dem Giebel mit Heu und Erntevorräten angefüllt war, in hellen Flammen stand und bis auf den Grund niederbrannte, ehe die Feuerwehr wirksam eingreifen konnte. Das Wohnhaus konnte mit Mühe gerettet werden. Das niedergebrannte Gebäude ist mit 60 000 RM. versichert. Als Brandursache wird Selbstentzündung des Heus angenommen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	3. November		2. November	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	169,63	169,97	169,48	169,82
Kopenhagen 100 Kr.	72,18	72,32	72,73	72,87
Italien . . . 100 L.	21,56	21,60	21,56	21,60
London . . . 1 Pf.	13,85	13,89	13,98	14,02
New York . . 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris . . . 100 Fr.	16,54	16,58	16,52	16,56
Schwiz . . . 100 Fr.	81,19	81,35	81,12	81,28
Wien 100 Schilling	51,95	52,05	51,95	52,02
Prag . . . 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Landesbank für Haus- und Grundbesitz. — Vergleichsverfahren vom Amtsgericht bestätigt. In dem am heutigen Donnerstag abgehaltenen Termin vor dem Amtsgericht Karlsruhe wurde der Vergleichsvorschlag, der eine große Mehrheit seitens der rund 5000 Beteiligten (an die 90 Proz.) gefunden hat, **rechtskräftig** bestätigt. Die Verwaltungsvergütung, Reichsanwalt Dr. Hermann Kessler und Wirtschaftsprüfer, Bankdirektor A. D. Heinrich W. Weill aus Karlsruhe, werden mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, um weiterhin in überwachender Weise tätig zu sein, wobei sie durch einen dreiföpfigen Beirat aus den Reihen des Gläubigerausschusses unterstützt werden. Forderungen bis zu 50 RM. können in vier Wochen zur Auszahlung, wofür der entsprechende Betrag bereits zur Verfügung steht. Die übrigen Gläubiger erhalten ihr Geld baldmöglichst, erstmals nach Prüfung der Bilanzabgaben per 31. Dezember 1932, also vielleicht im Frühjahr 1933. Abschlagszahlungen. Die Gesamtanzahlung muß nach dem Vergleich spätestens bis 31. Juli 1934 erfolgen.

Zentralhandelsregister für Baden

Achern. C.552
Zum Handelsregister bei Firma A. Vuhl Söhne in Achern wurde eingetragen: Der Firmeninhaber Friedrich Vuhl ist gestorben. Das Geschäft ist auf dessen Witwe Anna geb. Stolz in Achern übergegangen, welche dasselbe unter unveränderter Firma weiterführt. Die Procura der Kaufmann Friedrich Vuhl Ehefrau, Anna geb. Stolz, ist erloschen.
Achern, 29. Sept. 1932.
Bad. Amtsgericht.

Donauwörth. C.553
In das Handelsregister A II O.-Z. 49, wurde heute zur Firma Josef Bausch Nachfolger in Wülfingen eingetragen: Klinger Inhaber ist Josef Egger, Kaufmann in Wülfingen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist beim Erwerb des Geschäfts durch Egger abgeschlossen.
Donauwörth, 22. September 1932.
Amtsgericht.

Freiburg, Br. C.558
Handelsregister Freiburg i. Br.
A Bd. X O.-Z. 105: Reiss- und Verlagsverlag Steinmetz & Daucher in Freiburg hat den Sitz nach Stuttgart verlegt. Am 20. September 1932.
A Bd. X O.-Z. 40: Die offene Handelsgesellschaft unter der Firma „Katholische Bibliographie A. Feilbauer & W. Wieland“ in Freiburg ist aufgelöst.
die Firma erloschen. Am 22. September 1932.
A Bd. IV O.-Z. 72 bei Firma Wilhelm Pfeiffer, Freiburg: Die Procura des Alfred Hermann ist erloschen. Am 23. September 1932.
A Bd. IX O.-Z. 312: Die offene Handelsgesellschaft unter der Firma „Dauer & Gutz“ ist aufgelöst, die Firma erloschen. Am 23. September 1932.
A Bd. IX O.-Z. 245 bei Firma Max Reichard Verlag in Freiburg: Inhaber ist Ernst Rührer, Verleger in Freiburg. Die Procuristin Anne Junter ist jetzt verheiratet mit Ernst Rührer. Am 26. September 1932.
A Bd. X O.-Z. 173: Konzert-Café Odeon Erwin Habemann, Freiburg. Inhaber ist Erwin Habemann, Freiburg. Am 26. September 1932.
A Bd. VII O.-Z. 391 bei Firma Schenter & Co., Schwarzwälder Transportkontor in Freiburg: Die offene Handelsgesellschaft ist durch das Ausscheiden des Gesellschafters Emil Karpeles-Schenter aufgelöst; der bisherige Geschäftsführer Marcel Moritz Holzer ist jetzt alleiniger Inhaber der Firma. Die eingetragenen Prokuren bleiben bestehen. Am 29. September 1932.
A Bd. IV O.-Z. 40 bei Firma J. B. Arumeid, Aktiengesellschaft in Freiburg: Die Generalversammlung vom 12. August 1932 hat die durch Verordnung des Reichspräsi-

Oberkirch, Baden. C.554
Handelsregister.
Firma Albert Braun, Wachswarenfabrik, Inhaber: Ernst Bierzeiger in Oberkirch: Die Firma ist erloschen. Demerkt wird, daß das Geschäft als handelsgerichtlich uneingetragene Firma unter dem Namen Ernst Bierzeiger nach wie vor weitergeführt.
Oberkirch, 29. September 1932.
Amtsgericht.

Wolfsch. C.556
Handelsregister B O.-Z. 40: Wolf Netter & Jacobis Werke, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, Abteilung Walsdorf, Wolfach: Die Procura des Heinrich Oberling ist erloschen.
Wolfsch, 28. Sept. 1932.
Amtsgericht.

Wolfsch. C.557
Handelsregister A II O.-Z. 10: Dreffe & Gessner, Buchdruckerei, Buch- und Schreibwarenhandlung in Schiltach: Die Firma ist auf Kaufmann Karl Gessner in Schiltach übergegangen.
Wolfsch, 30. Sept. 1932.
Amtsgericht.

Waldsüt. C.560
Handelsregistervertrag zur Firma Schweizer Zigarettenfabrik Schärer und Kompanie, G. m. b. H. in Roggenhöfen: Durch den Beschluß der Gesellschafter ist die Gesellschaft aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer sind Liquidatoren.
Waldsüt, 20. September 1932.
Bad. Amtsgericht II.

Druck G. Braun, Karlsruhe